

## BGA-Umfrage: Dienstleister beklagen Investitionsstau

„Die wirtschaftliche Stimmung ist in diesem Sommer 2015 in Deutschland so gut wie lange nicht. Die unternehmensnahen Dienstleister machen da keine Ausnahme. Doch trotz allem Optimismus investieren die Unternehmen nicht, zumindest nicht in Deutschland, wie unsere jüngste Unternehmerumfrage im Dienstleistungsbereich zeigt. Stattdessen wächst der in den vergangenen Jahren rapide angestiegene Investitionsstau hierzulande weiter an. Dies untergräbt das Fundament für Wachstum und Arbeitsplätze von morgen!“ Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börner in Berlin anlässlich der Vorstellung seiner Dienstleistungs-Umfrage, die der BGA im Sommer unter 3.000 Unternehmen durchgeführt hat.

### Dienstleistungsklima: Stimmungslage gut, aber Zukunftsvorsorge mangelhaft

Der Dienstleistungsindikator ist mit einem Wert von 133,8 im Vergleich zum Vorjahreswert fast unverändert geblieben. Die aktuelle Geschäftslage bewerten die Unternehmen mit fast 130 Punkten. Dies ist nur ein Punkt weniger als noch vor einem Jahr. Die Geschäftserwartungen liegen bei fast 138 Punkten – und sind damit um fast einen Punkt angestiegen.

Der BGA erwartet in diesem Umfeld, dass die unternehmensnahen Dienstleister 2015 um 2 Prozent auf 851 Milliarden Euro wachsen und die Umsätze im kommenden Jahr um weitere 2 Prozent auf dann 868 Milliarden Euro ansteigen werden.

Waren die unternehmensnahen Dienstleister bereits 2014 mit 7,6 Millionen Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber der deutschen Volkswirtschaft, so zeichnet sich in diesem Jahr ein weiterer Beschäftigungsaufbau um rund 75.000 Arbeitsplätze ab. Der BGA geht bei anhaltend guter Konjunktur davon aus, dass die Zahl der Beschäftigten im kommenden Jahr noch einmal um gut 1 Prozent auf fast 7,8 Millionen weiter zunimmt.

Dank derzeitiger Sonderfaktoren – einem Mix aus günstigem Euro-Wechselkurs, niedrigen Zinsen, gesunkenen Rohstoffpreisen und stabilem Arbeitsmarkt – rechnet der BGA im laufenden Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 1 ½ Prozent.

„Die aktuelle Situation ist sicher besser, als angesichts der zahlreichen weltweiten Krisen und Konflikte befürchtet,

doch diese hinterlassen bei genauem Hinsehen deutliche Spuren. So sehen die Dienstleister in wachsenden diffusen Unsicherheiten im Markt, insbesondere auch in der ungelösten Eurozonenkrise und in den zunehmenden Zentrifugalkräften in Europa, die Hauptursache für die vorherrschende Investitionsschwäche“, so Börner.

### Investitionen unter Möglichkeiten

Dies erkläre die mangelnde Investitionsbereitschaft aber nur zum Teil und kritisiert: „Zwar vermittelt die Politik das Gefühl, dass sie nicht viel falsch macht. Aber sie geht eben auch nicht voran. Sie tut nichts, um den Teufelskreis zu durchbrechen und mit investitionsfördernden Maßnahmen die Investitionspause zu beseitigen und ein Aufbruchssignal zu setzen.“

Das Geld dafür sei da, es werde aber falsch ausgegeben. So nehme alleine der Bund bis einschließlich 2017 rund 40 Milliarden Euro mehr an Steuern ein als 2013. Weitere Mittel könnten durch Umschichtungen gewonnen werden, ohne die Haushaltskonsolidierung aufzugeben.

An allen Ecken und Enden bröckle die Infrastruktur, egal ob marode Straßen, Brücken oder Schleusen, Schulen und weitere öffentliche Gebäude. Die Unternehmen kämpften mit zu hohen Energiekosten. All dies zuzüglich steigender Bürokratiekosten motiviere nicht gerade zu investieren, sondern vielmehr abzuwarten, die bestehenden Kapazitäten in Deutschland auszuschöpfen und gegebenenfalls dort zu investieren, wo die Kunden und Märkte sind.

„Deutschland hat seit Jahren eine rasant immer größer werdende Investitionslücke, trotz des leichten Anstiegs im Vorjahr 2014. Wir brauchen dringend eine kräftige Belebung der Investitionen, öffentlicher wie privater. Dabei kann und muss die Politik voranschreiten. Hier gibt es allerdings kein Erkenntnis-, sondern ein massives Umsetzungsproblem. So ist mehr Mut zu Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten – weg vom Konsum hin zu höheren Investitionen – unabdingbar. Das in Aussicht gestellte Investitionspaket von 2016 bis 2018 kann angesichts der Dimension des Problems nur ein erster Schritt sein“, so Börner abschließend.

① BGA-Pressemitteilung vom 4. September 2015

## BGA AKTUELL

### BGA: Außenhandel startet schwungvoll ins zweite Halbjahr

„Die deutschen Ausfuhren starten schwungvoll in die zweite Jahreshälfte und trotzen der insgesamt eher gedämpften Entwicklung der Weltkonjunktur. Der schwache Eurokurs stützt die Nachfrage nach deutschen Gütern in Drittländern. Zusammen mit der weiterhin anziehenden Nachfrage aus Europa und insbesondere auch aus der Eurozone befindet sich die deutsche Außenwirtschaft derzeit auf Rekordkurs. Bemerkenswert ist zudem, dass nun auch das Wachstum der deutschen Importe zu dem der Exporte aufgeschlossen hat. Ein weiteres Indiz für den zurzeit starken Konsum in Deutschland und gut für die weitere wirtschaftliche Stabilisierung, gerade auch der Eurozone.“ Dies erklärt BGA-Präsident Anton F. Börner heute in Berlin zur Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Zuvor hatte das Statistische Bundesamt die Außenhandelszahlen für Juli 2015 bekanntgegeben. Demnach sind die deutschen Exporte im Vorjahresvergleich um 6,2 Prozent gestiegen, während die Importe um 6,1 Prozent zugelegt haben. Damit schloss die Außenhandelsbilanz im Juli mit einem Überschuss von 25,0 Milliarden Euro ab.

„Die deutsche Wirtschaft wirkt vordergründig gesund. Doch gerade in Zeiten positiver wirtschaftlicher Entwicklung müssen die richtigen Weichen für die kommenden Jahre gestellt werden. Ansonsten sind Wachstum und Wohlstand von morgen in Gefahr. Der große Haushaltsüberschuss und die jetzt freigewordenen Mittel des Betreuungsgeldes soll-

ten daher nun dringend für weitere Investitionen in Bildung und Infrastruktur sowie zur weiteren Schuldentilgung genutzt werden. Zur richtigen Weichenstellung gehört natürlich auch, das Freihandelsabkommen TTIP mit den Vereinigten Staaten erfolgreich abzuschließen“, so Börner abschließend.

① BGA-Pressemitteilung, 8. September 2015

## AUSSENWIRTSCHAFT

### Wirtschaftstag der Botschafterkonferenz im Auswärtigen Amt

Im Rahmen der 14. Konferenz der Leiterinnen und Leiter der deutschen Auslandsvertretungen lud das Auswärtige Amt am Ende August deutsche Wirtschaftsvertreter zu einem Informations- und Meinungsaustausch ein. Der alljährliche, sogenannte "Wirtschaftstag der Botschafterkonferenz" (BoKoWiTa) wurde in diesem Jahr auch wieder in Zusammenarbeit mit dem BGA und weiteren Partnerverbänden aus der Wirtschaft auf die Beine gestellt. Das Motto der diesjährigen Veranstaltung lautete: "Die Welt in Bewegung – Mobilität der Zukunft".

Nach der Eröffnungsrede von Bundesaußenminister Dr. Steinmeier wurde die Konferenz in verschiedenen Foren und Workshops fortgesetzt. Themen dort waren, unter anderem, die globale Handelspolitik, Rohstoffhandel und Energiemärkte, digitale Innovation oder auch die Wachstumsregion Asien-Pazifik.

Im Workshop "Wirtschaft und Menschenrechte" drehte es sich vor allem um die Frage, ob und inwieweit im Rahmen des Nationalen Aktionsplan Menschenrechte deutsche Unternehmen für die Einhaltung der Menschenrechte innerhalb der gesamten Lieferkette verantwortlich sein können und welche Unterstützung sie von der Bundesregierung dafür erwarten können. In diesem Zusammenhang stellte AVE-Geschäftsführer Jens Nagel die erfolgreiche Business Social Compliance Initiative (BSCI) vor. BSCI ist eine freiwillige, europäische Plattform für Einzelhändler, Industrie und Importeure zur Überwachung und Verbesserung von sozialen Standards in Lieferländern für Konsumgüter.

Der Workshop "Bewegung im Iran" machte den Teilnehmern auch über die Einigung auf das Atomabkommen deutlich, dass die Bundesregierung die Absicht hat, die Beziehungen zum Iran zu normalisieren. Der Leiter der Deutschen Bot-

schaft Teheran, Michael Freiherr von Ungern-Sternberg, skizzierte den weiteren Zeitplan zur Umsetzung des Abkommens. Dabei betonte er, dass die Drittwirkung von US-Sanktionen ein Ende haben müsse. Im Verlauf der Diskussion mit den weiteren Teilnehmern war man sich einig, dass der deutschen Wirtschaft von iranischer Seite großes Vertrauen entgegengebracht würde und deutsche Produkte sowie Ausbildung ein hohes Ansehen genießen. Neben der Forderung nach funktionierenden Finanzinstrumenten und klaren regulatorischen Bedingungen u. a. hinsichtlich Sanktionen forderten die Vertreter der Wirtschaft auch weiterhin politische Unterstützung. Diese sei als Signal im Iran unerlässlich.

[Marcus Schwenke]

## EUROPA

### Die europäische Investitionsoffensive ist startklar

Die Kommission hat Ende Juni die letzten notwendigen Entscheidungen für einen Start der europäischen Innovationsoffensive im Herbst getroffen. Mit deren Hilfe sollen öffentliche und private Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro über die nächsten drei Jahre mobilisiert werden, um Jobs, Wachstum und Innovation in der Europäischen Union zu generieren. Nutznießer sind unter anderem innovative kleine und mittlere Unternehmen und Midcaps (Unternehmen mit 250 bis 3000 Mitarbeitern).

Der Europäische Fonds für Strategische Initiativen (EFSl) ist das Herzstück der europäischen Investitionsinitiative. Er stellt über die drei Jahre einen Garantiefonds in der Höhe von 21 Milliarden Euro zur Verfügung, der von der Europäischen Investitionsbank (EIB) verwaltet wird. Finanziert werden innovative Projekte mit einem hohen Risikoprofil in den Bereichen der strategischen Infrastrukturen (digitale Netzwerke, Transport und Energie). Insbesondere innovative kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Midcaps können ihn nutzen.

Die KMU und Midcaps können Finanzierungsanträge über die üblichen Verfahren der EIB beim Europäischen Investitionsfonds stellen. Unterstützt werden Projekte mit einem hohen Risikoprofil, für die es in dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeld keine Finanzierungsmöglichkeit gibt. Die Finanzierung erfolgt unter anderem über Eigenkapitalinstrumente und Quasi-Eigenkapitalinstrumente. Die

Auswahl der Projekte geschieht auf der Grundlage der „Zusätzlichkeit“ (das heißt, dass das Projekt ohne die EU – Garantie nicht durchgeführt werden könnte), der Qualität und des europäischen Mehrwerts des Projektes. Um die Unabhängigkeit und Transparenz der Evaluierung der Projekte sicherzustellen, wird ein unabhängiger Evaluationsausschuss eine Liste von Indikatoren ausarbeiten und benutzen.

Im Herbst dieses Jahres soll die europäische Plattform für Investitionsberatung ihre Arbeit aufnehmen. Sie stellt den Nutzern des EFSl eine Anlaufstelle für den Austausch von Erfahrungen, bewährter Praxis und konkreten Fallstudien über Projektfinanzierung und Projektmanagement zur Verfügung. Um den Investoren Informationen über alle Investitionsmöglichkeiten in der Europäischen Union bereitzustellen, wird voraussichtlich bis Ende des Jahres das Europäische Portal für Investitionsprojekte eingerichtet.

Zusätzlich stellt der EFSl Garantien für Investitionsplattformen öffentlicher und privater Projektträger zur Verfügung, die regional, national, grenzüberschreitend oder paneuropäisch sein können. Über ihre nationalen Entwicklungsbanken können die Mitgliedstaaten eine Kofinanzierung von Investitionsplattformen gewährleisten. Deutschland stellt zusätzliche 8 Milliarden Euro an Garantien bereit, die über die Kreditanstalt für Wiederaufbau verwaltet werden. Anlässlich des 17. deutsch-französischen Gipfeltreffens am 31. März 2015 haben Frankreich und Deutschland das Vorhaben angekündigt, neun grenzüberschreitende gemeinsame Investitionsprojekte in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien, digitale Netzwerke und innovative KMUs durchzuführen, für die eine Bewilligung unter dem EFSl angestrebt wird.

① Weitere Informationen finden sie unter:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-15-5419\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-5419_de.htm)

① Information zur Beantragung eines Darlehens bei der Europäischen Investitionsbank:

[http://www.eib.org/projects/cycle/applying\\_loan/index.htm](http://www.eib.org/projects/cycle/applying_loan/index.htm)

[Bernd Gruner]

## AGRAR

### BGA bei Minister Meyer

Im September trafen sich Vertreter des BGA sowie seiner Mitgliedsverbände Bundesverband der Agrargewerblichen

Wirtschaft (BVA) und Verband des Cash and Carry- und Zustellgroßhandels (C&C-Verband) mit dem niedersächsischen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Christian Meyer, in Hannover. In dem Gespräch ging es um die Kosten für Regelkontrollen im Futter- und Lebensmittelbereich sowie um den Wirkstoff Glyphosat in Pflanzenschutzmitteln.

Der BGA untermauerte im Rahmen des Gesprächs gemeinsam mit seinen Mitgliedsverbänden die Forderung, dass der Staat anlasslose Regelkontrollen, entsprechend dem Prinzip des steuerfinanzierten Staats, aus Steuermitteln finanzieren und seinen Haushalt so aufstellen müsse, dass alle Pflichtaufgaben durch die Steuereinnahmen gedeckt werden. Niedersachsen hatte im vergangenen Jahr eine Verordnung erlassen, nach der Lebens- und Futtermittelunternehmen grundsätzlich die Kosten anlassloser Regelkontrollen zu tragen haben. Die Verbände machten Minister Meyer anhand konkreter Beispiele aus der Praxis darauf aufmerksam, dass diese niedersächsische Regelung für betroffene Unternehmen zu Kosten in Höhe von 150.000 EUR pro Jahr führen kann – auch wenn die Unternehmen keinen Anlass für die Kontrollen gaben und sich rechtskonform verhalten haben. Gegenwärtig sind in Niedersachsen rund 400 Klagen gegen Kostenbescheide aus anlasslosen Regelkontrollen anhängig von denen drei als Musterverfahren vor dem Verwaltungsgericht Oldenburg in erster Instanz geführt werden. Die anderen Klagen sind bis zum Abschluss der Musterverfahren ruhend gestellt.

Zum Thema Glyphosat sicherte der Minister zu, dass die Anwendung des Wirkstoffs in der niedersächsischen Landwirtschaft bei fachgerechter Anwendung weiterhin möglich bleiben wird. Lediglich zur Verwendung in privaten Haushalten und ihm Rahmen der Sikkation lehnt Meyer den Glyphosat-Einsatz ab.

[Sebastian Werren]

## **BGA »DIREKT-SERVICE«**

### **Bitte per Fax an 030 590099-519**

Bitte senden Sie mir folgende Dokumente per E-Mail an unten stehende Adresse:

- Stellungnahme zum Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz

- Umsatzsteuerdurchführungsverordnung

E-Mail Adresse

### **Zitat der Woche**

**»Mit der Ware Mensch lässt sich zurzeit mehr Kasse machen als mit Waffen und Drogen.«**

Dieter Romann, Bundespolizeipräsident, zur Flüchtlingsdebatte

### **Impressum**

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin  
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519  
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz  
Redaktion: Iris von Rottenburg  
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 9. September 2015  
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich